

INHALT

22. Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

23. Ergebnis der Volkszählung 2011

24. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2013

25. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2013

Verbraucherpreisindex für Mai 2013 (vorläufiges Ergebnis)

22.

Information über die Anmeldung von Bedarfszuweisungswünschen

Anträge

Anträge auf Gewährung von Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds können nur Gemeinden und Gemeindeverbände stellen.

Die Bedarfszuweisungen sind im Portal Tirol in der Gemeindeanwendung zu beantragen.

Als Grundlage eines Bedarfszuweisungsantrages hat die Gemeinde ein Vorhaben anzulegen. Zu erfassen sind auch die geplanten Vorhaben der nächsten drei Jahre. Dies gilt auch dann, wenn im Finanzierungsplan die Inanspruchnahme von Mitteln des Gemeindeausgleichsfonds nicht vorgesehen ist. Wird das Vorhaben konkreter oder wird nachfolgend ein Bedarfszuweisungsantrag gestellt, sind die Angaben zu aktualisieren und es ist im Bereich Haushalt der Finanzierungsplan zu erfassen.

Als Nachfolger zu einem Vorhaben wird ein Bedarfszuweisungsantrag (BDZW Antrag, BDZW Antrag-V, Feuerwehr BDZW Antrag) angelegt. Dabei werden die im Vorhaben bereits erfassten Daten des Allgemeinen- und des Haushaltsteils automatisch übernommen.

Im Bedarfszuweisungsantrag ist im Bereich Zuschüsse der von der Gemeinde beantragte Bedarfszuweisungsbetrag anzugeben. Bei Vorhaben deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, sind die Zuschüsse für den gesamten Zeitraum (alle Jahre) zu erfassen. Bei mehrjährigen Zusagen ist eine jährliche Antragstellung nicht notwendig.

Bedarfszuweisungsanträge sollen nur für jene Vorhaben gestellt werden, deren Umsetzung auch tatsächlich im nächsten Jahr realistisch erscheint.

Beim Vorhaben/Antrag ist im Feld „Beschreibung“ eine kurze Darstellung (Begründung) der Notwendigkeit und allenfalls gemeindeübergreifende oder regionale Auswirkungen des Vorhabens anzugeben. Nähere Erläuterungen, wie Kostenvoranschläge, Berechnungen über Folgekosten, Raum- und Funktionsprogramme, die auch eine sinnvolle Mehrfachnutzung erkennen lassen, können unter Mitteilungen angeschlossen werden.

Die Bedarfszuweisungsanträge sind, wie im Arbeitsablauf vorgesehen, über die/den BürgermeisterIn an die zuständige Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Antragsfristen

Anträge für das Haushaltsjahr 2014 und spätere Haushaltsjahre sind

längstens bis Freitag, den 20. September 2013 einzubringen.

Anträge für das laufende Haushaltsjahr und nach dem 20. September für das folgende Haushaltsjahr dürfen nur dann gestellt werden, wenn der finanzielle Engpass durch ein Ereignis ausgelöst wurde, welches trotz sorgfältiger Planung nicht vorhergesehen oder abgewendet werden konnte.

Die Anträge in der Gemeindeanwendung sind jedenfalls vor Beginn der Ausführung des Vorhabens einzubringen.

Prüfung der Anträge

Die Prüfung der Anträge obliegt der Bezirkshauptmannschaft im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeindeangelegenheiten und dem Büro des Gemeindeferenten der Tiroler Landesregierung.

Primär ist zu prüfen, ob und inwieweit für die Finanzierung des Vorhabens eine Deckung aus dem ordentlichen Haushalt, eine Entnahme von Rücklagen, eine Fremdfinanzierung durch Kredit oder Leasing, ein verlorener Zuschuss von dritter Seite und dergleichen in Frage kommt. Bei der Prüfung der Dringlichkeit ist erforderlichenfalls eine Reihung vergleichbarer Vorhaben im Bezirk vorzunehmen. Dabei ist nach objektiven und nachvollziehbaren Maßstäben vorzugehen. Bei der Prüfung der Bedürftigkeit ist in erster Linie von der möglichen Finanzausstattung bei Ausschöpfung aller zumutbaren Einnahmequellen auszugehen.

Die Gemeinden/Gemeindeverbände sind verpflichtet, einschlägige Fragen der Bezirkshauptmannschaft bzw. der Abteilung Gemeindeangelegenheiten unverzüglich zu beantworten.

Das Ergebnis der Prüfung wird den BürgermeisterInnen – wie im Vorjahr mit dem Angebot eines persönlichen Gesprächstermins mit Herrn Landesrat – schriftlich mitgeteilt.

Zusicherung, Entscheidung, Auszahlung

Der Gemeindeferent sichert anschließend der Gemeinde/dem Gemeindeverband die Bedarfszuweisungen schriftlich zu. In der Zusicherung werden die Gemeinde/der Gemeindeverband, das Haushaltsjahr, der Zweck und die Höhe der Bedarfszuweisung bestimmt. In die Zusicherung werden allenfalls erforderliche aufschiebende oder auflösende Bedingungen aufgenommen. Die Zusicherung kann aus wichtigen Gründen widerrufen werden.

Die Zusicherung stellt in ihrer rechtlichen Qualität eine Verwendungszusage dar, die die Gemeinde/den Gemeindeverband in die Lage versetzen soll, mit der weiteren Planung des Vorhabens fortzufahren bzw. mit der Ausführung des Vorhabens zu beginnen. **Für die Finanzplanung des Gemeindeausgleichsfonds ist es erforderlich, dass schriftliche Zusagen unverzüglich in der Gemeindeanwendung erfasst werden.**

Zeitverzögerungen bei der Abwicklung von Vorhaben, welche die Auszahlung einer zugesagten Bedarfszuweisung um ein bzw. mehrere Jahre verschieben, **müssen der Bezirkshauptmannschaft umgehend bekannt gegeben werden. Eine „automatische“ Übertragung der zugesagten Förderung erfolgt nicht.**

Wurde mit der Ausführung des Vorhabens begonnen, kann die Gemeinde/der Gemeindeverband einen Auszahlungsantrag stellen. Im Auszahlungsantrag sind die im Haushaltsteil angegebenen Kosten und die Finanzierung gegebenenfalls zu aktualisieren. Weiters ist im Bereich Mitteilungen ein **Nachweis über den bereits entstandenen** bzw. **unmittelbar bevorstehenden Aufwand** (Rechnungen, Zahlungsnachweise, Auszüge aus der Buchhaltung oder ähnliches) **anzuschließen**. Der Auszahlungsantrag ist an die Bezirkshauptmannschaft weiterzuleiten.

Die zuständige Bezirkshauptmannschaft prüft den Antrag und fordert nach Maßgabe der Dringlichkeit und des Bedarfes und nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die vom Gemeindeferenten zugesicherten Bedarfszuweisungen bei der Abteilung Gemeindeangelegenheiten an. Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten erstellt im Einvernehmen mit dem Gemeindeferenten den Regierungsantrag über die Gewährung der Bedarfszuweisungen aus dem Gemeindeausgleichsfonds. Über die Gewährung der Bedarfszuweisungen entscheidet die Landesregierung in kollegialer Beschlussfassung. Die Abteilung Gemeindeangelegenheiten zahlt die mit Regierungsbeschluss gewährten Bedarfszuweisungen direkt an die Gemeinden/die Gemeindeverbände aus.

Die bestimmungsgemäße Verwendung der Bedarfszuweisungen ist von der zuständigen Gemeindeaufsichtsbehörde zu überprüfen.

Bei Fragen zur Handhabung der Portalanwendung stehen die MitarbeiterInnen der Gemeindeferate der Bezirkshauptmannschaften oder der Abteilung Gemeindeangelegenheiten beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Verfügung. Nähere Erläuterungen zur Handhabung der Portalanwendung finden sich in der Anwendung und als Download in der Wissensdatenbank (WIKI) unter „Gemeindeanwendung Land Tirol“.

23.

Ergebnis der Volkszählung 2011

Nach § 1 Abs. 1 Registerzählungsgesetz, BGBl. I Nr. 33/2006 i. d. F. BGBl. I Nr. 125/2009, hat die Bundesanstalt Statistik Österreich an der Wende eines jeden Jahrzehnts zum Stichtag 31. Oktober, erstmals zum Stichtag 31. Oktober 2011, eine Volks-, Arbeitsstätten-, Gebäude- und Wohnungszählung durchzuführen.

Nach § 7 Abs. 5 leg. cit. hat der Bundesminister für Inneres nach Feststellung des Ergebnisses der Volkszählung durch die Bundesanstalt Statistik Österreich die Zahl der österreichischen Staatsbürger und Staatsbürgerinnen (Bürgerzahl), die im Bundesgebiet ihren Hauptwohnsitz haben, und die Gesamtzahl der mit Hauptwohnsitz in Österreich lebenden Personen (Wohnbevölkerung), gegliedert nach Ländern, Regionalwahlkreisen, politischen Bezirken, Verwaltungsbezirken und Statutarstädten, Gemeinden sowie nach den Wiener Gemeindebezirken im Bundesgesetzblatt kundzumachen.

Aufgrund dieser Gesetzesbestimmung erfolgte mit **BGBl. II Nr. 181/2013** die Kundmachung der Bundesministerin für Inneres über die Feststellung des **Ergebnisses der Volkszählung zum Stichtag 31. Oktober 2011**.

Wenn in Rechtsvorschriften, wie Gesetzen, Verordnungen aber auch etwa Satzungen von Gemeindeverbänden auf das „**kundgemachte endgültige Ergebnis der letzten Volkszählung**“ abgestellt wird, sind nunmehr diese in **BGBl. II Nr. 181/2013 kundgemachten Einwohnerzahlen („Wohnbevölkerung“)** maßgeblich.

Weiters wird in diesem Zusammenhang auf § 9 Abs. 9 **Finanzausgleichsgesetz 2008** hingewiesen. Nach

dieser Bestimmung bestimmt sich ab dem Jahr 2009 die Volkszahl (Wohnbevölkerung) nach dem von der Bundesanstalt Statistik Österreich in der Statistik des Bevölkerungsstandes festgestellten Ergebnis zum Stichtag 31. Oktober, das auf der Internet-Homepage der Bundesanstalt Statistik Österreich bis zum November des dem Stichtag nächstfolgenden Kalenderjahres kundzumachen ist. Das auf diese Weise festgestellte und kundgemachte Ergebnis wirkt mit dem Beginn des dem Stichtag folgenden übernächsten Kalenderjahres. Das heißt etwa, dass die Volkszahl zum Stichtag 31. Oktober 2010 bis zum 30. November 2011 auf der Internet-Homepage der Statistik Österreich kundzumachen war und mit 1. Jänner 2012 – etwa für die Abrechnung der Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben – wirksam wurde.

Wenn jedoch zum Stichtag 31. Oktober eines Jahres eine Volkszählung gemäß § 1 Abs. 1 oder 2 des Registerzählungsgesetzes durchgeführt wird, dann ist von der Bundesanstalt Statistik Österreich für diesen Stichtag keine Statistik des Bevölkerungsstandes zu erstellen, sondern gilt das Ergebnis der Volkszählung für das dem Stichtag folgende übernächste Kalenderjahr.

Somit gilt im Anwendungsbereich des FAG 2008 sowie im Anwendungsbereich von Gesetzen, die auf § 9 Abs. 9 FAG 2008 verweisen, das mit **BGBl. II Nr. 181/2013 kundgemachte Ergebnis der Volkszählung 2011 mit Beginn des Kalenderjahres 2013**.

Weitere Informationen zum Thema Volkszählung findet man auf der Homepage der Statistik Austria unter http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bevoelkerung/volkszaehlungen_registerzaehlungen/

24.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Juli 2013

Ertragsanteile an	Juli		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	6.695.729	7.690.240	994.511	14,85
Lohnsteuer	17.979.568	18.506.760	527.192	2,93
Kapitalertragsteuer	2.120.932	1.953.097	-167.834	-7,91
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	355.554	394.748	39.194	11,02
Körperschaftsteuer	10.542.905	10.947.347	404.441	3,84
Erbschafts- und Schenkungssteuer	6.457	26.912	20.455	316,78
Stiftungseingangssteuer	7.117	2.776	-4.341	-60,99
Bodenwertabgabe	191.357	181.037	-10.320	-5,39
Stabilitätsabgabe	976.992	806.755	-170.237	-17,42
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	38.876.612	40.509.673	1.633.061	4,20
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	20.767.680	20.334.057	-433.623	-2,09
Abgabe von alkoholischen Getränken	12	28	16	133,84
Tabaksteuer	1.412.130	1.293.662	-118.468	-8,39
Biersteuer	149.259	226.143	76.883	51,51
Mineralölsteuer	3.352.850	3.362.040	9.189	0,27
Alkoholsteuer	98.285	89.371	-8.914	-9,07
Schaumweinsteuer	829	586	-244	-29,37
Kapitalverkehrssteuern	42.058	35.495	-6.562	-15,60
Werbeabgabe	330.593	360.230	29.637	8,96
Energieabgabe	750.681	1.197.867	447.186	59,57
Normverbrauchsabgabe	538.931	440.139	-98.792	-18,33
Flugabgabe	89.863	78.650	-11.214	-12,48
Grunderwerbsteuer	9.164.395	6.374.684	-2.789.712	-30,44
Versicherungssteuer	747.477	752.519	5.041	0,67
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.221.650	1.272.291	50.641	4,15
KFZ-Steuer	73.934	76.240	2.306	3,12
Konzessionsabgabe	155.192	143.924	-11.267	-7,26
rechnungsmäßig Ertragsanteile	38.895.821	36.037.925	-2.857.896	-7,35
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	879.083	879.083	0	0,00
Summe sonstige Steuern	38.016.737	35.158.842	-2.857.896	-7,52
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden *)	76.658.774	75.433.919	-1.224.855	-1,60
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	5.561.089	5.442.618	-118.471	-2,13
Werbesteuerenausgleich	53.122	57.837	4.715	8,88
Werbeabgabe nach der Volkszahl	277.471	302.393	24.922	8,98
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00
*) Überweisungsbetrag = Summe EA abzüglich Finanzierungsanteil für Finanzkraftstärkung (§ 11 Abs. 1 FAG)	234.575	234.596	21	0,01

25.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis Juli 2013

Ertragsanteile an	Jänner - Juli		Änderung	
	2012	2013	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	14.340.941	15.581.957	1.241.017	8,65
Lohnsteuer	124.567.077	132.708.986	8.141.909	6,54
Kapitalertragsteuer	6.782.812	6.904.719	121.907	1,80
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	3.356.422	4.034.287	677.866	20,20
Körperschaftsteuer	31.618.414	33.297.621	1.679.207	5,31
Erbschafts- und Schenkungssteuer	162.076	80.961	-81.115	-50,05
Stiftungseingangssteuer	72.262	49.994	-22.267	-30,81
Bodenwertabgabe	467.717	457.397	-10.319	-2,21
Stabilitätsabgabe	3.230.233	2.759.764	-470.469	-14,56
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	184.597.953	195.875.687	11.277.734	6,11
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	133.522.970	137.005.773	3.482.802	2,61
Abgabe von alkoholischen Getränken	195	161	-34	-17,60
Tabaksteuer	7.657.372	8.971.859	1.314.487	17,17
Biersteuer	1.021.672	1.094.628	72.956	7,14
Mineralölsteuer	23.353.984	23.115.908	-238.076	-1,02
Alkoholsteuer	793.496	769.842	-23.654	-2,98
Schaumweinsteuer	7.272	6.720	-552	-7,59
Kapitalverkehrssteuern	349.013	270.987	-78.026	-22,36
Werbeabgabe	2.345.066	2.359.136	14.070	0,60
Energieabgabe	5.316.744	5.420.066	103.322	1,94
Normverbrauchsabgabe	2.773.437	2.465.568	-307.869	-11,10
Flugabgabe	565.591	551.488	-14.102	-2,49
Grunderwerbsteuer	53.254.574	48.097.826	-5.156.748	-9,68
Versicherungssteuer	6.118.842	6.119.368	526	0,01
Motorbezogene Versicherungssteuer	7.979.687	8.532.491	552.804	6,93
KFZ-Steuer	243.212	231.879	-11.333	-4,66
Konzessionsabgabe	1.436.207	1.354.646	-81.561	-5,68
rechnungsmäßig Ertragsanteile	246.739.333	246.368.345	-370.989	-0,15
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	6.153.583	6.153.583	0	0,00
Summe sonstige Steuern	240.585.750	240.214.761	-370.989	-0,15
Kunstförderungsbeitrag	81.872	83.801	1.928	2,36
Ertragsanteile der Gemeinden ohne Zwischenabrechnung	425.031.000	435.939.653	10.908.653	2,57
Zwischenabrechnung **)	7.345.569	6.143.123	-1.202.446	-16,37
Ertragsanteile gesamt	432.376.569	442.082.776	9.706.207	2,24
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	35.924.982	36.919.852	994.870	2,77
Getränkesteuerausgleich **)	451.976	634.876	182.900	40,47
Summe Getränkesteuerausgleich	36.376.958	37.554.728	1.177.770	3,24
Werbesteuerausgleich	376.824	378.775	1.951	0,52
Werbeabgabe nach der Volkszahl	1.968.242	1.980.362	12.120	0,62
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	1.755.845	1.755.845	0	0,00

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR MAI 2013 (vorläufiges Ergebnis)		
	April 2013 (endgültig)	Mai 2013 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	107,9	108,1
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	118,2	118,4
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	130,7	130,9
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	137,5	137,7
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	179,8	180,1
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	279,5	280,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	490,4	491,3
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	624,8	626,0
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	626,9	628,1
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat Mai 2013 beträgt 108,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für April 2013 um 0,2% gestiegen (April 2013 gegenüber März 2013: + 0,1%). Gegenüber Mai 2012 ergibt sich eine Steigerung um 2,3% (April 2013/2012: + 2,0%).</p>		

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
 Amt der Tiroler Landesregierung,
 Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
 6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck